

Antwortmail vom 13.4.2020 von Herrn **MdL Andreas Heinz** zum offenen Brief von Frank Stepper Ostern 2020 an die Vogtländischen Abgeordneten zum Shutdown-Exit.
Siehe www.reli-Power.de/brief und <https://www.vogtland-anzeiger.de/vogtland/offener-brief-an-abgeordnete-artikel10771255>

Sehr geehrter Herr Stepper,

Danke für Ihr Schreiben.

Ihre Einschätzungen teile ich zum größten Teil. Problem dabei ist nur, dass eine derartige Situation zum ersten Mal zu bewältigen ist und daher nicht auf Erfahrungen zurückgegriffen werden kann, d. h. es wird ein "learning bei doing" sein. Dabei wird es auch Entscheidungen geben, welche im Wiederholungsfall vielleicht so nicht wieder getroffen würden.

Alle Beobachtungen zeigen bis jetzt, dass überall, wo leichtfertig mit den Virus umgegangen wurde, die Probleme deutlich größer wurden, als dort wo konsequent versucht wurde, die Ausbreitung zu verzögern und damit auch die vorhandenen Kapazitäten im medizinischen Bereich nicht zu überfordern.

Gelöst wird das Problem erst sein, wenn entweder ein Impfstoff gefunden und die Bevölkerung, insbesondere Risikogruppen, flächendeckend geimpft werden können, oder ein ganz großer Teil der Bevölkerung die Krankheit durchlitten hat und sich damit eine hoffentlich möglichst langanhaltende Immunität erworben hat.

Für meinen Teil beobachte ich die Situation sehr genau und bin zu dem Schluss gekommen, dass es nur eine schrittweise Rückkehr zur Normalität geben sollte, beginnend mit den Prüfungen in der Schule, schrittweise Öffnung von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen weiterhin verbunden mit einem besonderen Schutz von Risikogruppen.

Die Geschwindigkeit der Lockerungen sollte sich am weiteren Infektionsgeschehen orientieren ohne dabei die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung zu überfordern. Ich für meinen Teil fände es schlimmer, zu schnell zur Normalität zurückzukehren um dann im Nichterfolgsfall wieder Verschärfungen einzuführen, welche dann sicher deutlich länger Bestand haben müssten als bei einer "vorsichtigen" Lockerung.

Parallel dazu gilt es die wirtschaftlichen Folgen zu begrenzen, d. h. insbesondere Berufsgruppen oder Wirtschaftszweige, welche z. Z. nicht ausgeübt werden können vor dauerhaften Schaden, insbesondere Insolvenzen zu bewahren. Dazu wurden sowohl durch den Bund als auch den Freistaat umfangreiche Hilfsmaßnahmen beschlossen. Verbunden mit Solidarität und Hilfsbereitschaft untereinander kann dies gelingen.

In der Hoffnung dass alles nicht so schlimm kommt, wie es kommen könnte, verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen
A. Heinz